

U-2

Beschluss

„Forderung nach einem umfassenden Lieferkettengesetz“

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen beschließt und leitet an die SPD-Bundestagsfraktion, den Bundeskongress der Jusos und den SPD-Landesparteitag mit dem Ziel zur Weiterleitung an den Bundesparteitag weiter:

„Was wir brauchen ist kein staatliches Siegel wie den „grünen Knopf“, sondern ein sogenanntes Lieferkettengesetz. Ein solches Gesetz gilt für alle Wertschöpfungsketten, nicht nur für einen Sektor wie dem Textilsektor. In deutschen Märkten werden beispielsweise Produkte verkauft, die mit Hungerlöhnen und Giften wie Pestiziden im Ausland hergestellt worden sind. Auch hier brauchen wir gesetzlich geregelte Standards. Es muss ein Gesetz her, um die Menschenrechtsverletzungen & Umweltzerstörungen von Unternehmen zu regulieren. Wir können nicht zum Preis von Menschenrechten auf Freiwilligkeit setzen und eine europäische Einigung warten, sondern sollten mit Vorbildfunktion vorangehen. Die Idee, dass eine Firma überhaupt zu Freiwilligem verzicht auf Profite in der Lage wäre setzt ein grundlegendes Missverständnis der Wirtschaft zugrunde liegenden Mechanismen voraus. Wir Jusos-Sachsen schließen uns daher wie der deutsche Gewerkschaftsbund der „Initiative Lieferkettengesetz“ an und fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf bis 2020 ein umfassendes Lieferkettengesetz in die Wege zu leiten.“

Überweisen an

JUSO-Bundeskongress, Landesparteitag der SPD Sachsen, SPD-Bundesparteitag, SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag